Dresdner Nachrichten.
Nr. 332. Seite 2. Sonnabend, 28. Nov. 1891

schen Kaisers habe Böses gewirkt. Thatsächlich ist das Gegentheil der Fall. Ich würde das nicht sagen, wenn ich nicht bestimmt wüßte, daß auch auf der anderen Seite der Erfolg befriedigt hat. Dann kommt Kronstadt. Man macht der Regierung einen Vorwurf, weil unsere westlichen Nachbarn in Kronstadt freundlich und mit großen Festlichkeiten aufgenommen wurden. Wir haben kein Mittel dagegen, wenn sich Andere freundschaftlich die Hände reichen wollen. Wir haben den Dreibund, der schon jahrelang bestand, erneuert. Vielleicht hat die Presse zu sehr die Pauken und Trompeten deshalb geruhrt und das hat auf der anderen Seite vielleicht das Bedürfniß erweckt, auch etwas in die Trompeten zu stoßen. Dadurch ist nur für das größere Publikum ein Zustand sichtbarer geworden, der schon vorher bestand. Schon in den 70er Jahren ist der Ausdruck von einem Kriege mit zwei Fronten aufgekommen. Ich bin lebenslänglich davon überzeugt, daß die persönlichen Intentionen des Kaisers von Rußland die friedlichsten von der Welt sind. Keine Regierung will heutzutage den Krieg provociren. Keine hat ein solches Uebergewicht, daß sie leichten Herzens den Krieg werde anfangen wollen. Das Bewußtsein, daß der nächste Krieg das Wort von dem Aderlasse bis auf's Weiße zur Wahrheit machen wird, ist in der ganzen Welt verbreitet. Je stärker eine Regierung ist, desto leichter wird es ihr sein, gefährliche Zwischenfälle zu vermeiden. Ich freue mich, daß bei unseren westlichen Nachbarn die Regierung so stark ist. Das infolge der Kronstädter Ereignisse gesteigerte französische Selbstgefühl bildet keine Gefahr für uns. Damit ist nicht gesagt, daß wir nunmehr Wehr und Waffen ablegen könnten. Der jetzige Rüstungszustand wird noch lange dauern. Je mehr aber die allgemeine Wehrpflicht unter den Völkern Vertheilung findet, um so mehr wird der Ernst des Krieges von den Nationen eingesehen. Sie werden bedenken, wie gefährlich es ist, mit dem Feuer zu spielen. Ein anderes Moment der Beunruhigung sollte der deutsch-englische Vertrag sein. Wir sollten für eine geheime Mittheilung große Opfer gebracht haben. Von einer geheimen Abmachung war aber nie die Rede. Nach den letzten Ereignissen wird wohl Niemand meinen, daß wir in Afrika nicht genug genommen. Das Schlimmste für uns wäre, wenn uns Jemand ganz Afrika schenkte. Unser Besitz in Ostafrika ist zweifellos das Fünfte dem englischen werth. Man hat gemeint, der Werth Helgolands sei in dem Vertrage zu hoch angeschlagen. Stellen Sie sich vor, was aus der Insel geworden wäre, wenn sie aus englischen in die Hände einer anderen Nation übergegangen wäre. England wäre es bei seinem großen Kolonialbesitz nicht schwer geworden, irgendwo in der Welt ein Tauschobjekt für die Insel zu finden. Ich möchte den Entrüstungssturm sehen, der erfolgt wäre, wenn kurz vor Ausbruch eines Krieges die englische Flagge auf Helgoland heruntergegangen und die einer uns weniger übelwollenden Nation aufgegangen wäre. (Sehr wahr!) Weiter zählt man sich über die Aufhebung des elsaß-lothringischen Paßzwanges und den jetzigen Stand der Polenfrage beunruhigt. Wir haben das redliche Bestreben, alle Kräfte zur Erhaltung und nöthigenfalls zur Vertheidigung des Staates zusammen zu halten, und dieses Bestreben war für uns sowohl in der elsaß-lothringischen als auch in der Polenfrage maßgebend. In der äußeren Politik liegt kein Grund zur Beunruhigung. Alle zwischen den europäischen Mächten in den letzten anderthalb Jahren aufgetauchten Fragen haben eine friedliche Lösung gefunden. Leider herrscht auch ein gewisser Militär-Pessimismus, der sich in den Artikeln militärischer Mitarbeiter, die jetzt alle größeren Zeitungen haben, ausspricht. Wir haben jetzt eine Armee, wie keine zweite existirt und die Regierung setzt Alles daran, sie auf ihrem Standpunkt zu erhalten. Man ist jetzt gewohnt, mit Zahlen zu rechnen und führt vor, daß unsere Nachbarn so und so viel Mann mehr haben. Für den Anfang ist im Kriege die Qualität der Truppen entscheidend. Erst, wenn der Krieg in's Land getragen ist, kommt die Quantität in Frage. Nichts ist leichter, als weitere Altersklassen zum Heeresdienst heranzuziehen. Das sind aber größtentheils Leute, die zum Militärdienst unfähig sind. Keine Nation habe im nächsten Kriege so viel Chancen, wie die deutsche. So lange die deutsche Armee so gut bleibt, wie sie ist, haben wir, ganz abgesehen von der Leitung unseres obersten Kriegsherrn, nichts zu befürchten. Wir haben das Bestreben, mit allen Nationen in Frieden zu leben, wir können uns aber auch auf unsere Armee und auf alle Männer, die im Rothfalle hinter ihr stehen, verlassen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß wir im nächsten Jahre mit ihnen in Verhandlung treten, um auf Grund der Steigerung der Bevölkerungsziffer auch eine Vermehrung der Wehrkraft zu sichern. Beunruhigen aber können wir uns später, wenn wirklich Grund dazu vorhanden ist. Ich werde mich glücklich schätzen, wenn diese Worte dazu beitragen, die Beunruhigung zu beseitigen. (Lebhafter Beifall.) — Weiterberathung morgen.

Berlin. Der König von Dänemark trifft Sonnabend oder Sonntag zu kurzem Besuch hier ein. — Der Bundesrath lehnte den Antrag einer Dünger-Abfuhr-Gesellschaft in Sachsen auf Ausgabe von Aktien zu einem geringeren als dem gesetzlichen Mindestbetrage ab. — Die Börsengesetzvorlage kommen nach Beendigung der ersten Gesetzberathung im Reichstage zur Verhandlung, also voraussichtlich am Dienstage.

Leipzig. Die hiesige Dampfbuchbinderei Schambach hat den Konkurs angemeldet.

München. Der Magistrat beschloß die Berufung des Baurathes Hettig in Dresden zum hiesigen Ober-Baurath.

Wien. Der Zustand des erkrankten Erzherzogs Heinrich ist bedenklich. Beide Lungenflügel sind entzündet. Seine Gemahlin ist gleichfalls an Lungenentzündung erkrankt.

Odessa. Der türkische Generalkonsul benachrichtigte die hiesige russische Handelsschiffahrtsgesellschaft amtlich, daß keinem Juden, gleichviel welcher Unterthanenschaft, Einlaß in die Türkei bewilligt werde.

Bukarest. In rumänischen Hofkreisen verlautet, daß ein Besuch des deutschen Kaisers in Bukarest nächsten März bevorstehe.

Die Berliner Börse war auf Grund der allgemeinen politischen und wirthschaftlichen Lage verstimmt. Besonders trugen dazu bei die russischen Berichte aus Rußland, die Auslassungen offiziöser Organe über die Bedeutungslosigkeit der Mission des Herrn v. Giers und ein Artikel der „Köln. Ztg.", in dem die Bemühungen Rußlands um eine neue wirthschaftliche Annäherung an Deutschland als nutzlos bezeichnet werden. Der Verkehr war nur vorübergehend belebter, die Course schwankten. Von Banken eröffneten nur Diskonto-Commandit und Deutsche Bank auf Deckungen etwas besser. Später gingen jedoch alle Bankwerthe zurück und erzielten erst gegen Schluß eine kleine Besserung. Oesterreichische Bahnen wenig verändert, Franzosen ca. 1 Proz. niedriger, Schweizer Bahnen 1 bis 2 Proz. schwächer, deutsche Bahnen still, abgeschwächt. Von Bergwerken Kohlen gedrückt. Eisen ziemlich fest, von fremden Renten Russen lebhaft, Italiener nach fester Eröffnung schwächer. Im späteren Verkehre blieb die Tendenz schwankend. Kassenverkehr ziemlich fest. Von deutschen Fonds Consolidirte etwas besser. Privatdiskont 2½ Prozent. Nachbörse fest. — Wetter: Bedeckt, Südwind.

Wien (Abends.) Credit 270,60. Staatsbahn 269,75. Lombarden 78,60. Kardwest 103,50. Ungarnrente 97,82. Ung. Credit 310,00. Fest.

Paris. Schluß. Rente 95,40. Anleihe 104,40. Italiener 88,05. Staatsbahn 592,75. Lombarden 170,00. do. Prioritäten —. Spanier 65⅛. Egypter 472,50. Ottomanen 511,00. Rio-Tinto 322,00. Fest.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Dezbr. 27,40, per März-Juni 28,60, ruhig. Mehl per November 67,50, per Mai-August 46,75, fest. Rüböl per November 68,00, per März-Juni 70,75, still.

Antwerpen. Produkten (Schluß). Weizen per November —, per März 217. Roggen per März 139, per Mai —.

London (Produkten-Bericht). Getreide allgemein ruhiger, englischer Weizen 1 Sch. billiger als vorige Woche, fremder fest, angekommener fester, schwimmender abgeschwächt. Gerste und Hafer anfangs fester, Schluß trägerer, nominell, unverändert. — Wetter: Heiter.

Oertliches und Sächsisches.

— Wie bereits kurz erwähnt, fand am Donnerstag in der Dresdner Heide Königl. Hofjagd statt, an welcher Se. Majestät der König und Se. Königl. Hoheit Prinz Georg nebst dem Oberstallmeister v. Ehrenstein und den Adjutanten Major v. Haugk und Rittmeister Freiherr v. Müller theilnahmen. Als Gäste waren geladen Generallieutnant v. Tschirschky, Oberhofmeister v. Wolfdorf, Obercermonienmeister v. Wiepken, Präsident der Oberrechnungskammer v. Schönberg, Oberforstmeister v. Beust, Major v. Friesen-Miltitz und Hauptmann v. Kospoth. Das Jagdfrühstück wurde im Walde eingenommen, während das königl. Jagddiner, an welchem auch Ihre Majestät die Königin mit ihren Damen theilnahm, in der königlichen Villa zu Strehlen stattfand. Zur Strecke kamen 5 Rehböcke, 6 Rehe, 97 Hasen, 35 Kaninchen, 2 Schnepfen und 2 Füchse.

— Ihre Majestät die Königin fühlt sich infolge der jüngsten Festlichkeiten etwas angegriffen und hat die projektirte Reise nach Sibyllenort vorläufig aufgegeben.

— Ihre Königl. Hoheiten Prinzen Johann Georg und Max sind vorgestern zur Fortsetzung ihrer Studien nach Leipzig zurückgekehrt.

— Die Frau Oberhofmeisterin Ihrer Majestät der Königin wird von Dienstag den 1. Dezember d. J. an wieder jeden Dienstag Nachmittags von 1 bis 4 Uhr in ihrer Wohnung, Königliches Palais am Taschenberg, 2. Etage, Empfang abhalten.

— Ihre Königl. Hoheit Prinzeß Amalie, Herzogin in Bayern, ist vorgestern Abend zum Besuche der Königl. Majestäten in Villa Strehlen eingetroffen.

— Se. Excell. der Herr Hausminister von Nostitz-Wallwitz hat das Großkreuz vom Toskanischen und vom Franz-Joseph-Orden erhalten. Herr Geh. Rath Bär in seiner Eigenschaft als Ministerialrath des Hausministeriums ist mit dem Großkreuz des Toskanischen Civil-Verdienst-Ordens ausgezeichnet worden.

— Oberlehrer Cantor Ernst Louis Weber in Annaberg erhielt das Verdienstkreuz des Civil-Verdienst-Ordens.

— Landtag. Die zweite Kammer überwies gestern ohne Debatte den Gesetzentwurf bezüglich der Pensionserhöhungen der Civilstaatsdiener der Finanzdeputation A und das Dekret über die Abänderungen der Leipziger Universitätsstatuten an die Gesetzgebungsdeputation. Nächste Sitzung: Montag, Mittags 12 Uhr: Allgemeine Vorberathung des Gesetzentwurfes die Vermehrung der städtischen Abgeordneten betreffend.

— Gestern hat hier die Ergänzungswahl der Stadtverordneten von 9 bis 2 Uhr stattgefunden. Es waren 13 ansässige und 16 unansässige Bürger zu wählen. Die Stadt war zu diesem Zwecke in 12 Wahlbezirke eingetheilt worden. Obgleich die Wahlen schon seit längerer Zeit in einer großen Anzahl mit städtischen Angelegenheiten sich beschäftigender Vereine vorberathen und ventilirt worden waren — namentlich betheiligten sich hieran der Hausbesitzer- und Miethbewohner-Verein, die Bezirksvereine, der Handwerker- und konservative Verein, der Städtische Verein, der Reformverein, der christlich-soziale und zahlreiche andere Korporationen —, so war die Wahlbetheiligung doch keine besonders rege. An den einzelnen Wahllokalen liefen 6 Parteien, darunter auch die Sozialdemokraten, deren Wahlzettel die Namen von 2 Ansässigen und 16 Unansässigen enthielten, Stimmzettel durch je nach der Partei kenntlich gemachte Personen zur Vertheilung gelangen. Die meisten Wähler erschienen in der Zeit von 1 bis 2 Uhr. Wie in anderen Jahren, war auch gestern Se. Königl. Hoheit Prinz Georg einer der ersten Wähler, die an der Urne erschienen. Infolge der „vielen Wahlvorschläge" konnte erst spät die Auszählung beendet und das Resultat bekannt gegeben werden. Dasselbe ist folgendes: Ansässige: Gabler 6294 Stimmen, Willenbrock 5574, Adam 5048, Forkert 4500, Ackermann 4312, Heinze 4052, Raschke 3956, Hartwig 3821, Dr. Lehmann 3767, Mertig 3507, Heselmann 3411, Hertzsch 3357, Mücklich 3285 Stimmen; Ersatzmänner: Voigt, Winter und Freund. Unansässige: Bautzmann 6341 Stimmen, Dr. Blochwitz 6328, Winter 6272, Ohm 6229, Wilisch 6136, Jünger 5826, Waldow 5673, Kirsch 5443, Anders 5481, Uhlemann 5137, Grünberg 4617, Wagenstecher 4181, Richter 3682, Keyl 3596, Sieber 3328, Sperrhaken 3085 Stimmen; Ersatzmänner: Naumann, Jüde, Dr. Bierey, Dr. Unruh.

— Aus der vorgestrigen Stadtverordnetensitzung. Der in Fürsorglichkeit für das öffentliche Gesundheitswesen vom Vicevorsteher Dr. Osterloh eingebrachte Antrag: „den Rath um Auskunft darüber zu ersuchen, welche Maßregeln getroffen worden sind, um die Einschleppung der Trichinose nach Dresden durch die aus Amerika eingeführten Speckseiten zu verhüten", fand seine sofortige Erledigung durch die von Herrn Stadtrath Hendel gegebene Antwort. Derselbe legte in Kürze dar, daß erst in diesem Jahre infolge der hohen Preise des inländischen Fleisches das seit 1883 bestandene Verbot der Einfuhr des amerikanischen Schweines aufgehoben worden sei, daß aber auch jetzt kein Schweinefleisch, weder in rohem noch in verarbeitetem Zustande zum Verkauf ausgeboten werden darf, welches nicht nachweislich vom verpflichteten Trichinenschauer entweder hier oder anderswo genügend untersucht worden ist. Zu größerer Sicherheit muß auch solches amerikanisches Schweinefleisch, welches in Hamburg bereits untersucht worden ist, weil dort eine obligatorische Fleischbeschau nicht besteht und die Fleischbeschauer dieses Amt nur privatim ausüben, hier sowohl wie anderwärts nochmals durch die amtliche Fleischbeschau geprüft werden. Die kleine Vertheuerung, die durch diese nochmalige Untersuchung entstehe, dürfe nicht gescheut werden; man erhalte dafür die möglichst größte Garantie, daß man trichinenfreies Fleisch, bez. Speck u. s. w. genieße. Es sei also Alles gethan, was zur Sicherheit der Gesundheit erforderlich ist. Mit diesen Darlegungen erklärte sich der Antragsteller befriedigt und zog seinen Antrag zurück. — Die auf das Gemeindegrundstück Löbtauerstraße 10 entfallenden Beschlußungskosten im Betrage von 236 M. werden bewilligt. Der Rath hat die Stiftung eines städtischen Preises für die Ausstellung gastwirthschaftlicher Gebrauchsgegenstände, die im Dezember d. J. hier stattfinden soll, beschlossen; die Stadtverordneten treten dem bei und bewilligen die dazu ausgeworfenen 100 M. Zur Einrichtung der vormaligen Schmiede im Gemeindegrundstück Tatzberg 45 zu einer Gärtnerwohnung für die Stadtgärtnerei werden 1110 M. bewilligt. Im vorigen Jahre waren bei den beiden städtischen Leihamtsstellen 188 M. Mottenschaden und 420 M. Mindererlös bei Versteigerungen zu verzeichnen. Das Kollegium genehmigt, daß diese 608 M. auf die Leihamtskasse übernommen werden. Gegen die früher bereits wiederholt erwähnte, vom Rathe geplante Einrichtung einer Beerdigungs-Versicherung beim städtischen Leichenwagen-Institut hatte der diesseitige Rechtsausschuß bei der ersten diesfallsigen Vorlage prinzipielle Bedenken geltend gemacht, welche in der Hauptsache dahin gingen, daß ein allgemeines Bedürfniß, wegen dessen Abstellung ein Einschreiten erforderlich wäre, nicht vorliege und daß, soweit wirklich ein Bedürfniß vorhanden sei, demselben durch die vorhandenen Privatgesellschaften Rechnung getragen würde. Der Rechtsausschuß hatte deshalb in der Sitzung vom 9. April d. J. beantragt, das Einverständniß mit der Vorlage versagen zu wollen. Es wurde dieser Antrag aber zu Gunsten eines vom St.-V. Dr. Lehmann eingebrachten, der also lautete: „Kollegium wolle mit der vom Marstallamte vorgeschlagenen Einrichtung sich im Prinzip einverstanden erklären und den Rath um Vorlegung verbesserter Bestimmungen betreffs dieser Einrichtung ersuchen" abgelehnt. Der Rath hat nun inzwischen solche verbesserte Bestimmungen vorgelegt, der diesseitige Rechtsausschuß konnte sich mit denselben aber auch nicht befreunden und hält nach wie vor daran in der Hauptsache fest, daß ein Bedürfniß für eine solche Beerdigungs-Versicherung nicht vorhanden sei und mit dieser Einrichtung der Stadt nur viele Mühe und unter Umständen sogar prozessuale Schwierigkeiten auf den Hals geladen würden. In der sich entspinnenden Debatte wendet sich St.-V. Dr. Lehmann gegen die Ansichten des Rechtsausschusses. St.-V. Schwartz beleuchtet die Frage vom Standpunkte des Versicherungswesens und steht derselben sonst nicht unsympathisch gegenüber, will aber eine andere Bezeichnung gewählt wissen. St.-V. Dr. Stöckel zerpflückt die entworfenen Bestimmungen auf Grund mannigfaltiger juristischer Bedenken; St.-V. Nissen betont, daß es genug Vereine und sonstige Unternehmungen mit Beerdigungs-Kassen gebe und keine Veranlassung vorliege, daß die Stadt auch noch eine solche schaffe. Bei der endlichen Abstimmung schließt sich die Majorität des Kollegiums den Ansichten seines Rechtsausschusses an und lehnt auf dessen Vorschlag die Rathsvorlage ab.

— Für die Königl. Polizeidirektion zu Dresden ist, wie bereits kurz erwähnt wurde, eine Mehrforderung von 315,585 Mk. in den Etat eingestellt worden. Die Zunahme der Geschäfte bedingt bei der Direktion selbst die Neuanstellung eines Rathes, eines Referendars, sowie von drei Registratoren und zwei Bureauassistenten. Dann soll die schon früher angeregte Errichtung eines eigenen Polizeibezirks für die Oppellvorstadt durchgeführt werden. Er würde mit einem Bezirks-Polizei-Inspektor, einem Wachtmeister und fünf Gendarmen auszustatten sein. Außerdem ist aber auch eine Verstärkung der Mannschaften in den übrigen elf Bezirken auf je 25 Gendarme, sowie eine Verstärkung der jetzt 32 Gendarme zählenden Kriminal-Abtheilung um 35 Gendarme dringend nöthig, ebenso ist die Neuanstellung eines Kriminal-Polizei-Inspektors zur Entlastung und Vertretung des Kommissars erforderlich. Demgemäß wird beim Landtag die Neuanstellung von zwei Inspektoren, einem Wachtmeister und 74 Gendarmen beantragt. Auch soll infolge des Wachsthums der Stadt die Zahl der Nachtwächter von 130 auf 200 erhöht werden.

— Die Zahl der Gerichtsbeamten soll nach dem neuen Staatshaushaltsetat wesentlich erhöht werden. An selbstständigen richterlichen Beamten sollen 4 Landgerichtsdirektoren (48 statt 44) und 34 sonstige Richter (381 statt 347) neu angestellt werden. Ebenso ist eine Vermehrung der Staatsanwälte um 4 (von 25 auf 29) in Aussicht genommen. Das übrige Gerichtspersonal soll verstärkt werden um 198 Expedienten, 2 Gefängnißaufseherinnen, 147 Gefängnißdiener (unter gleichzeitigem Wegfall von ebensoviel Dienergehilfen bei den Gefängnissen) und 50 Dienergehilfen. In Frohburg und Königstein sollen neue Gerichtshäuser erbaut, das Gerichtshaus in Limbach, das Gefangenenhaus in Burgstädt und die Gefangenenanstalt in Leipzig sollen erweitert werden, wofür insgesammt 532,400 Mk. als ungefähre Anschlagssumme eingestellt sind.

— Nach dem neuen Etat sollen zu dem bis jetzt vorhandenen einzigen Staatseichamt drei neue Staatseichämter mit dem Sitze in Leipzig, Zwickau und Bautzen hinzutreten. Während bisher alle 3 Jahre allgemeine polizeiliche Revisionen der Maße und Gewichte ꝛc. vorgenommen wurden, wobei es häufig an Sachverständigen fehlte, weil die Revision binnen wenigen Monaten beendet werden mußte, sollen künftig an Stelle dieser allgemeinen Revisionen zeitweise Nachrevisionen treten, welche im Laufe von 3 Jahren durch die an den Sitzen der Kreishauptmannschaften zu errichtenden Staatseichämter vorgenommen werden sollen. Die Beamten dieser Aemter sollen die Gemeindebezirke bereisen und die auf vorhergehende Aufforderung von den Gewerbtreibenden vorgelegten Maße, Gewichte ꝛc. prüfen.

— In den früheren Landtagen ist die Verabschiedung des Staatsbudgets immer erst lange nach Beginn des ersten Budgetjahres der neuen Finanzperiode ermöglicht worden, was zur Folge hatte, daß ein provisorisches Gesetz über die Fortentrichtung der Steuern erlassen werden mußte. Nun ist zwar nicht zu verkennen, daß eine gründliche Prüfung und Berathung des Staatshaushaltetats unumgänglich ist; es fragt sich aber, ob bei geeigneter Vertheilung der Arbeit es nicht dennoch möglich sein sollte, unter Verschiebung anderer gesetzgeberischer Arbeiten bis in die 2. Hälfte der Landtagsperiode, das Staatsbudget schon in der 1. Hälfte derselben festzustellen. Es kommt in dieser Periode vor Allem in Betracht, daß zahlreiche kleine Beamten, welchen für die laufende Finanzperiode Theuerungszulagen bewilligt wurden, mit Sehnsucht auf eine Verbesserung ihrer Lage hoffen und ebenso dringend wird die Stellenvermehrung bei dem unteren Eisenbahnpersonal von Leuten, die schon seit Jahren die Anstellung vergeblich erwarten, herbeigewünscht. Die Theuerungszulage kommt natürlich vom 1. Januar k. J. ab ohnhin in Wegfall.

— Dem Stadtrathe ist vorgestern eine von zahlreichen Unterschriften bedeckte Eingabe hiesiger großer und kleiner Firmen überreicht worden, mit welcher die Bitte ausgesprochen ist, der hiesigen Geschäftswelt zwei Weihnachts-Sonntage, an welchen die Geschäfte geöffnet sein dürfen, zu gewähren, nämlich die Sonntage 13. und 20. Dezember. Die Bitte ist motivirt zunächst durch den außergewöhnlich schlechten Geschäftsgang, welchen die ganz ausnahmsweise schlechte und ungünstige Frühlings- und Sommer-Saison mit sich brachte, und durch den Umstand, daß Weihnachten diesmal schon vier Tage nach dem sogenannten Weihnachtsmarkt-Sonntage fällt. Es ist in der Geschäftswelt eine alte und oft erprobte Erfahrung, daß an den Weihnachtssonntagen die Bewohner der Umgebung ihre Einkäufe effektuiren, und daß, wenn von diesen Käufern, die Wochentags keine Zeit haben, Gelegenheit zum Kaufen geboten wird, der Geschäftsgang sich viel vortheilhafter gestaltet, als wenn Alles auf einen einzigen Sonntag kurz vor Weihnachten angewiesen ist. Die Bitte scheint durchaus begründet, und es ist zu wünschen, daß ihr Beachtung geschenkt wird.

— Man schreibt uns: Es wird wohl wenig Beamtenklassen geben, denen der neue Staatshaushalt eine solche Enttäuschung bereitet hat, wie den Forstbeamten. 4500 Mk. neben freier Dienstwohnung soll das höchste Gehalt sein, das in Zukunft in Sachsen ein Oberförster erreichen kann. Dieses Gehalt bezieht der preußische Oberförster schon heute, überdies freies Brennholz in unbegrenzter Menge für seinen Haushalt und die Expedition, während in Sachsen das Holzäquivalent den Forstbeamten schon im Jahre 1874 genommen worden ist. Als Dienstaufwand bezog der preußische Oberförster bereits seit dem Jahre 1874 2100 Mk., eine Summe, welche im Jahre 1890 auf 2100 Mk. erhöht wurde, nebenbei die Nutzung bedeutender Dienstländereien, weil man dort der Ansicht ist, daß es zur Unabhängigkeit der Beamten nothwendig ist, isolirt belegene Stellen mit hinreichendem Dienstland auszustatten. Die sächsischen Oberförster bezogen bis zum Jahre 1889 ein äußerst dürftig gehaltenes Dienstaufwandsäquivalent und nebenbei eine geringe Dotirung mit Dienstländereien. Vom Jahre 1891 ab ist ihnen ein Dienstaufwand von 2196 Mk. gewährt worden, gleichzeitig jedoch wurden ihre Dienstländereien zu Gunsten der Staatskasse eingezogen. Spricht dies alles sehr zu Ungunsten der sächsischen Oberförster, so fällt noch ganz besonders in's Gewicht, daß den preußischen Forstbeamten die allgemeine Gehaltsaufbesserung noch in Aussicht steht. In anderen deutschen Ländern sind übrigens die Maximalgehälter der Oberförster noch wesentlich höher. Fragt man nun, wie es kommt, daß gerade Sachsen, welches gewiß keine Ursache hat, mit den Ergebnissen seiner Forstverwaltung unzufrieden zu sein, den Forstbeamten so geringe Gehaltssätze bewilligt, so kann man den Grund nur in der bestehenden Organisation finden. In Preußen, Bayern, Baden, Elsaß-Lothringen und Coburg-Gotha ist das Oberförster-System in seiner vollen Reinheit durchgeführt, d. h. der Oberförster ist der ausschließliche und alleinige Vertreter aller Staatsinteressen für das von ihm verwaltete Revier. Die Forstaufsicht wird von der vorgesetzten Regierung oder einer Centralbehörde ausgeübt. In Sachsen hingegen ist der Oberforstmeister (der unmittelbare Vorgesetzte des Oberförsters) nicht blos Inspektionsbeamter, sondern ihm fällt auch ein Theil der Verwaltung zu; insbesondere ist nur er berechtigt, den Staatsfiskus bei An- und Verkäufen und bei Uebernahme dauernder Verbindlichkeiten zu vertreten. Der Oberförster ist nur selbstständig beim Holzverkauf und in Forststrafsachen. Wenn somit in Sachsen die Verwaltung des Staatsforstbesitzes 2 Beamtenkategorieen zufällt, während diese anderwärts nur von einer (den Oberförstern) besorgt wird, so ist es ganz natürlich, daß dieser Umstand nicht nur die Oberförster, sondern auch die Oberforstmeister in ihrer Bedeutung herabdrückt. Die sächsischen Oberförster können nur dann erst auf bessere Zeiten hoffen, wenn die Oberforstmeistereien in ihrer jetzigen Organisation aufgehoben werden und die Inspektion auf eine Centralbehörde übergeht. Bedenken, daß das Personal noch nicht reif für eine so selbstständige Stellung sei, können nicht aufkommen. In Preußen und Baden besteht diese Organisation seit einem Menschenalter zu allgemeiner Befriedigung.

— Im verflossenen Betriebsjahre der neuen städtischen Volksbibliotheken, das mit dem Monat September endete, stieg die Zahl der eingetragenen Leser von 8121 auf 8601, die der Ausleihungen von 106,874 auf 117,681 und die der ausgeliehenen Bände von 121,706 auf 131,813. Eine derartige hocherfreuliche Benutzung war bisher noch nicht zu verzeichnen. In den Volksbibliotheken, die Dienstags und Freitags von halb 6—8 Uhr geöffnet sind, werden unentgeltlich ausgeliehen gute Romane, Novellen, Erzählungen, Zeitschriften, Jugendschriften, Geschichtswerke, Reisebeschreibungen, Bücher naturkundlichen Inhalts, endlich aber auch Fachschriften für die verschiedenen Berufskreise. Neue Erscheinungen auf dem Büchermarkte werden von einem Sonderausschusse zur beziehentlichen Einreihung in den „Musterkatalog für Volksbibliotheken" geprüft. Vor der erstmaligen Entnahme von Büchern ist zur Eintragung in das Leserverzeichniß die Vorlegung des Einwohnerscheines erforderlich.

— Unter den Studirenden der Tharandter Hochschule ist ein forstakademischer Verein in's Leben gerufen worden, der den offiziellen Namen „Verein Deutscher Studenten Waidmannsheil" trägt und im Cartellverbande mit demjenigen gleichen Namens und gleicher Tendenz zu Erlangen steht. Der Verein verfolgt neben anderen Zielen den Zweck, unter den Studirenden der Tharandter Forstakademie deutsch-nationale Gesinnung auf Grundlage des Christenthums zu pflegen.

— Das Urkundenbuch der Stadt Freiberg, das vom Archivrath Dr. H. Ermisch herausgegeben wird, ist jetzt vollständig erschienen. Dasselbe bildet einen Theil des im Auftrage der sächsischen Staatsregierung herausgegebenen Codex diplomaticus Saxoniae regiae und ist mit einer geradezu mustergiltigen wissenschaftlichen Sorgfalt gearbeitet.

— Die Dresdner Buchhandlungen beginnen mit der Versendung ihrer diesjährigen Weihnachtskataloge. Es liegen solche der C. Höckner'schen Buchhandlung, Hauptstraße 5, der G. A. Kaufmann'schen Buchhandlung (Rudolf Heinze), Breitestraße 20, der Alexander Köhler'schen Buchhandlung, Weißegasse, und der Adolf Urban'schen Buchhandlung, Wilsdrufferstraße 21, fast durchgängig in schöner reicher Ausstattung, vor. In den Bücherverzeichnissen ist gleichmäßig gute Litteratur berücksichtigt worden.

— Ein in seinen Verhältnissen heruntergekommener, nicht ungebildeter junger Mann, dem Baufach angehörig, welcher jetzt hier ohne Beschäftigung aufhältlich gewesen war, hatte sich schließlich aus seiner Wohnung heimlich entfernt, nachdem er sich von einem Quartierkollegen mehrere Kleidungsstücke geliehen hatte. Die letzteren fand man nachmals bei einem Pfandleiher vor, wo er sie versetzt hatte. Während nach ihm gesucht wurde, beging er eine neue, größere Gaunerei. Er miethete sich bei einem hiesigen Einwohner ein neues Zimmer und benutzte die erste Gelegenheit, die sich ihm bot, als ihn seine Wirthsleute kurze Zeit allein im Logis ließen, dazu, Alles mögliche Werthvolle aus dieser Wohnung zu stehlen und dann wieder zu verschwinden. Er nahm Röcke, Kleider, eine Uhr, baares Geld u. s. w., im Ganzen für ca. 150 Mk. Gegenstände, mit sich fort. Als er wieder zu einem Pfandleiher